

Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg (HVBB)

Politische Erklärung der Gründungsversammlung

am 20. März 1999

In den Bundesländern Berlin und Brandenburg sind die Konfessionsfreien in der Mehrheit. Bisher fehlte ihnen eine Organisation, die ihre gemeinsamen Interessen in beiden Bundesländern vertritt. Die Gründung des *Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg (HVBB)* ändert diese Situation. Der Verband ist gewillt, die Gleichbehandlung der Konfessionsfreien, seien es Agnostiker, Atheisten, Freigeister, Freidenker, Humanisten, Skeptiker oder Suchende, die sich von den Religionen und Kirchen gerade abwenden, in beiden Ländern durchzusetzen.

Der HVBB bittet um das Vertrauen dieser Bürgerinnen und Bürger und fordert sie auf, den HVBB zu stärken.

1. Der HVBB ist eine *Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes* der Bundesrepublik Deutschland, ein eingetragener, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin, solange ein gemeinsames Bundesland keine Hauptstadt bestimmt hat.

Der HVBB erstrebt den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist föderalistisch und demokratisch organisiert. Der HVBB beantragt die Mitgliedschaft im bundesweiten HVD.

2. Die Mitglieder des HVBB leben und vertreten einen modernen *Humanismus*. Ihre Weltanschauung ist rational und allein an der Würde des Menschen orientiert. Sie verbindet eine ethische säkulare Lebensauffassung. Wurzeln ihres Humanismus reichen bis in die Antike.

Der HVBB steht in den freigeistigen Traditionen der Renaissance, der Aufklärung sowie der atheistischen, freireligiösen, freidenkerischen und humanistischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts und nicht zuletzt in den progressiven und toleranten Traditionen in dieser Region. Das Handeln der Mitglieder ist von der Ansicht geleitet, daß die Menschen das Recht und die Verantwortung haben, ihr Leben selbst zu bestimmen. Gemeinsame Grundlage ist das *Humanistische Selbstverständnis*, an dessen neuer Fassung sie sich beteiligen.

3. Die sich zum HVBB zusammenschließenden Vereine und Verbände handeln im Interesse ihrer Mitgliedschaft in beiden Bundesländern. Sie stellen ihre Organisationen und Einrichtungen in den Dienst der konfessionsfreien Menschen in den beiden Bundesländern. Sie bündeln ihre Potentiale, verbessern die Bildungsarbeit und die bisherigen Angebote, erschließen neue Wirkungs- und Arbeitsfelder, erweitern die Ehrenamtlichkeit und stärken die Professionalität. Der Verband betrachtet es als seine Aufgabe, Orientierungshilfen zu geben und zur Humanisierung der Gesellschaft beizutragen.

4. Von den sich juristisch anbietenden Varianten eines Zusammenschlusses haben sich die Gründungsmitglieder für das Modell eines Dachverbandes und gegen eine Verschmelzung nach dem Umwandlungsgesetz und gegen eine Erweiterung des Berliner Verbandes entschieden. Bisherige Strukturen, wo sie gut funktionieren, sollen nicht gefährdet und Übergangsphasen vernünftig genutzt werden.

Da die Gründungsmitglieder aber zugleich keinen einflußlosen und unverbindlichen Dachverband wegen der fehlenden Kontroll-, Eingriffs- und Eingriffsrechte wünschen, haben sie sich eine auf Einheit gerichtete Satzung gegeben und unterschreiben einen detaillierten Kooperationsvertrag.

5. Humanistinnen und Humanisten halten die Verwirklichung der Menschenrechte für den Schwerpunkt humanistischer Praxis. Deshalb wenden sie sich gegen jede Diskriminierung und Einschränkung dieser Rechte aufgrund der ethnischen Abstammung, des Geschlechts, des Alters, der Behinderung, der Gesundheit, der nationalen und sozialen Zugehörigkeit, der Partnerschaft, der religiösen Bindungen oder der sexuellen Orientierung, egal wo sie auftreten. Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit sind dagegen die zentralen Ziele des Humanismus.

6. Der HVBB stellt sich einer *Vielzahl von Aufgaben*. Er will eine humanistische Fest- und Feierkultur entwickeln, wissenschaftliche und bildende Veranstaltungen durchführen und weltanschauliche und politische Aus-, Fort- und Weiterbildung betreiben. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt der Wohlfahrtspflege und der Trägerschaft von Projekten der Kinder- und Jugendhilfe, von Bildungs-, Gesundheits-, Sozialeinrichtungen und Beratungsstellen, der Einrichtung und dem Betrieb von Sozialstationen, Seniorenheimen, Stätten für Kranke und Pflegebedürftige, Jugendhäusern und anderen Einrichtungen.

Wie seine historischen Vorläufer unterstützt auch der HVBB Aktivitäten in den traditionellen und modernen Künsten. Er wird sich einer zeitgemäßen Medienarbeit widmen und internationale Begegnungen, Projekte der Entwicklungshilfe fördern, sich an Gesellschaften und anderen Vereinigungen beteiligen, sofern sie dem Vereinszwecke dienen.

Der HVBB steht in einer freigeistig-humanistischen Tradition, die bis ins frühe 19. Jahrhundert und, blickt man auf die Geschichte der Aufklärung und des Humanismus, noch viel weiter zurückreicht. Diese Geschichte hat der HVBB historisch-kritisch aufzuarbeiten. Er wird prüfen, inwiefern er Ausstellungs- und Forschungsvorhaben sowie Erinnerungen im öffentlichen Raum unterstützen und Forschungs- und Projektaufträge in dieser Richtung vergeben kann. Der HVBB nimmt seine Verantwortung hinsichtlich der Archivierung, Dokumentation und Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse gemäß seinen Möglichkeiten wahr.

7. Der Verband tritt ein für eine demokratische und pluralistische Gesellschaftsordnung, in der alle Weltanschauungs-, Religions- und Kultusgemeinschaften gleichberechtigt, getrennt vom Staat, die Interessen ihrer Anhängerschaft vertreten können. Deshalb tritt er für *Gleichbehandlung* ein. Er will dazu beitragen, die verfassungsmäßig garantierte Weltanschauungsfreiheit in den Ländern Berlin und Brandenburg durchzusetzen. Gerade deshalb ist der HVBB parteipolitisch neutral und unabhängig.

8. Abgeleitet von diesen Prinzipien steht in der Tätigkeit des HVBB die humanistische *Bildungsarbeit* im Vordergrund. Der Verband ist auch in Berlin-Brandenburg nur legitimiert, weil er die Kultur- und Weltanschauung „Humanismus“ anbietet, die Menschen annehmen, sozial tragen und weiterentwickeln. Gerade zu diesem Zweck muß die Kultur- und Bildungsarbeit den Diskurs mit Andersdenkenden fördern.

Humanistische Bildungsarbeit ist für die Öffentlichkeit bestimmt. Hier sind die Besonderheiten der Region zu beachten. Darüber hinaus ist Bildungsarbeit ein Angebot „nach innen“, von der Art einer Berufsakademie, über Diskurse zu Teilfragen bis zu Grundkursen über modernen Humanismus. Da sich Mitgliedschaft und MitarbeiterInnen immer weniger aus freidenkerischen, freireligiösen oder gar religiösen sozialen Zusammenhängen rekrutieren, hat die Bildungsarbeit dies zu berücksichtigen.

Die Strukturen der künftigen verbandlichen Arbeit müssen sowohl der großen Aufgabe entsprechen, aber auch der Tatsache Rechnung tragen, daß sich Lebenskunde inzwischen als gesonderter Bildungs- und Weiterbildungsbereich etabliert hat und sich weiter spezialisiert.

Der HVBB will noch im Jahr 1999 entscheiden, ob gänzlich oder bis welchen Teilen die überregionalen Bildungs- und Wissenschaftsaufgaben an die *Humanistische Akademie* (wie an Evangelische und Katholische Akademien) zu binden sind.

9. In der Praxis der Gründungsvereine hat sich der *Bereich der weltlichen Fest- und Feierkultur, besonders Jugendfeier*, positiv entwickelt. Der HVBB wird diese Tendenz ausbauen und auf Trauer-, Namensgebungs- und Hochzeitsfeiern ausdehnen.

Die Angebote des HVBB sind wertorientiert und den freidenkerischen und humanistischen Traditionen verpflichtet. Sie sind in diesem Sinne auch in Berlin und Brandenburg das Original und stehen in Konkurrenz zu anderen Angeboten. Die Gründungsmitglieder beabsichtigen, ihre Jugendfeierpraxis – überhaupt die Fest- und Feierkultur – zum gegenseitigen Vorteil zu koordinieren und die Angebote auszuweiten.

10. Die *öffentliche Schule* ist der Pluralität und der staatliche Unterricht der weltanschaulich-religiösen Neutralität verpflichtet. Deshalb lehnt der HVBB die Einführung von Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht als ordentliches Schulfach ab. Solche Wertevermittlung ist allein Sache der jeweiligen Gemeinschaften, die gleichberechtigt zu behandeln sind. Ihnen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, in der öffentlichen Schule Unterrichtsangebote einzurichten. *Humanistische Lebenskunde* hat sich in Berlin bewährt und erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei Schülern und Eltern. Der HVBB sieht die gegenwärtige rechtliche Regelung als trag- und zukunftsfähig an. Deshalb wird der HVBB das „Berliner Modell“ eines freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts ohne Benotung verteidigen.

Das Brandenburger Schulgesetz sieht leider Weltanschauungsgemeinschaften nicht als potentielle Anbieter vor. Da sich evangelischer Religionsunterricht ausweitet, strebt der HVBB eine Änderung des Schulgesetzes § 9, Abs. 2, Satz 1 und die Durchsetzung des Rechts auf Erteilung von Lebenskundeunterricht an. Parallel dazu wird der HVBB für das Fach *Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde* (LER), solange es dieses gibt, Angebote unterbreiten und politisch für dessen Anerkennung streiten. Deshalb unterstützt der HVBB das *7-Punkte-Programm zur Qualitätssicherung der Einführung und zur Konzeptionsentwicklung von L-E-R* des Fachverbandes L-E-R vom 10. November 1998.

Es steht im Ermessen des Staates, Angebote wie Ethik oder LER als Pflichtfächer einzurichten, wenn deren Inhalte bzw. Organisation nicht gegen Pluralität und Neutralität verstoßen. Deshalb spricht sich der HVBB gegen die Befreiungsklausel von LER aus. Wenn christlichen Kirchen bei der Aus- und Weiterbildung sowie Durchführung von LER – wie in Brandenburg leider feststellbar – größerer Einfluß als anderen Weltanschauungsgemeinschaften eingeräumt wird, so widerspricht dies der ursprünglichen Konzeption von LER und dem Brandenburger Schulgesetz. Der HVBB fordert die verfassungsmäßige Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und die Zurückdrängung des privilegierten Einflusses der evangelischen Kirche auf das Schulwesen in Brandenburg.

11. Der HVBB beabsichtigt, *Freie Humanistische Schulen* als Ersatzschulen (in Brandenburg) bzw. als Privatschulen (in Berlin) einzurichten bzw. diese Vorhaben zu unterstützen.

12. Der HVBB bietet Hilfe an, um die Wechselfälle des Lebens zu meistern. Er fühlt sich einer tätigen Humanität als Lebenshilfe verpflichtet, richtet Angebote der *Sozialarbeit* ein und unterhält eigene soziale Einrichtungen. Soziale Sicherung ist nur dann human, wenn sie allen Menschen gleichermaßen zuteil wird. Wir treten deshalb für das Sozialstaatsgebot ein, das dem Staat die Pflicht zu sozialer Gerechtigkeit überträgt.

Der HVBB ist nicht denkbar ohne breite, sich ausweitende Angebote von Sozialarbeit. Nur wenn der HVBB beweisen kann, hier menschlich, diesseitig, effektiv und bedürfnisorientiert zu handeln – und wenn man ihn das tun läßt durch Überlassen etwa von Seniorenheimen – wird er eine Perspektive haben. Er muß neue Felder erschließen und vorhandene ausbauen: Schulsozialarbeit, Schwangerenkonfliktberatung, Kontakt- und Beratungsstellen, Patientenverfügungen und Sterbebegleitung, Schuldnerberatung, Behindertenhilfe u.a.m.

Es beginnen Überlegungen zur Gründung eines eigenen *Sozialwerks* sowie einer gemeinsamen „*Beschäftigungsgesellschaft*“ entwickelt.

13. In der *Kinder- und Jugendarbeit* stehen an erster Stelle Tätigkeiten rund um die Jugendfeiern. Die freie *Kinder- und Jugendhilfe* ist ein zentrales Aufgabenfeld des HVBB. Im Vordergrund stehen dabei: Kitas, Jugendsozialarbeit, Schülerclubs, Freizeiteinrichtungen, Hilfen zur Erziehung sowie Ferien- und Reiseangebote. Daraus folgt aber zugleich, präziser am humanistischen Profil zu arbeiten.

Im Jahr 2000 sind die Vorstellungen hinsichtlich eines gemeinsamen Jugendverbandes für die beiden Bundesländer zu präzisieren und umzusetzen.

14. Der HVBB ist für seine Mitglieder da. Ohne mehr Mitglieder kann der HVBB nicht mehr Wirksamkeit entfalten. Mitglieder kommen nur, wenn ihren Bedürfnissen und Interessen entsprochen wird. *Mitgliedergewinnung*, Stärkung der regionalen Organisationen, attraktive öffentliche Angebote und sinnvolle ehrenamtliche Tätigkeit stehen in engem Zusammenhang. Verbandsdemokratie und Sachlichkeit sowie Effizienz der Leitungsarbeit verbessern sich nur, wenn Eigeninitiative gefördert wird.

Bis zur nächsten Delegiertenversammlung sind Vorstellungen zu entwickeln, in welchen Schritten und auf welchen Wegen eine vergleichbare Organisationsstruktur der Regionalkörperschaften zu erreichen ist: Vereinheitlichung der Beiträge, Anpassung der Organisationsstruktur an die der Land- und Stadtkreise usw.

15. Durch Gründung des HVBB erlangen die Humanistinnen und Humanisten in Berlin und Brandenburg ein *größeres Gewicht im Bundesverband*. Dieser Vorgang wird durch den Umzug von Deutschem Bundestag und Bundesregierung objektiv gefördert. Das verlangt gemeinsame konzeptionelle und personelle Vorstellungen.

16. Der HVBB bekennt sich zu einem friedlichen, toleranten und demokratischem Zusammenleben aller Menschen und wendet sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Faschismus und Rassismus. Hier wie auf anderen Feldern wird sich der HVBB in die politische *Gesellschaftsgestaltung* einbringen. Seine Mitglieder sind der Auffassung, daß nur eine auf Demokratie gegründete Gemeinschaft, die auf der freien Selbstbestimmung der Menschen und der notwendigen Wahrung ihrer Grundrechte zum Wohle aller beruht.

Der HVBB legt ein besonderes Augenmerk auf die Bildungs-, Wissenschafts-, Kunst- und Kultuspolitik. Vor allem möchte er dazu beitragen, die verfassungsmäßig garantierte Weltanschauungsfreiheit durchzusetzen.

Bezogen auf das Verhältnis des Staates zu den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vertreten die Mitglieder des HVBB die Ansicht, daß die – bisher noch unzureichende – *Trennung von Staat und Kirchen* auf der juristischen Basis der Menschenrechtsartikel der Vereinten Nationen sowie der politischen Gleichbehandlung aller betroffenen Gruppen zu vollenden ist.

17. Der HVBB fordert:

- die in den Konkordaten und Staatsverträgen mit den großen Kirchen und den Jüdischen Gemeinden enthaltenen Festlegungen sinngemäß auf den HVBB anzuwenden und die verfassungsmäßig geforderte Gleichbehandlung auch umzusetzen
- den Kirchensteuereinzug durch den Staat zu beenden; alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollten ihre Mitgliedsbeiträge ohne Hilfe der staatlichen Finanzämter regeln
- die Privilegierung der Theologischen Fakultäten ist ein Produkt der Geschichte und heute nicht mehr zeitgemäß; der HVBB fordert deren Einbindung in religionswissenschaftliche Institute; alle demokratisch verfaßten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben das Recht auf eigene Bildungseinrichtungen und gleichberechtigte Förderung im Rahmen eines reformierten Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbetriebs, auch an Universitäten
- die Nichteinführung des konfessionellen Religionsunterrichts als ordentliches Schulfach in beiden Bundesländern; der Religions- und Weltanschauungsunterricht (z.B. Lebenskunde) ist keine Sache des Staates, sondern der entsprechenden Gemeinschaften selbst, die ein Recht auf gleiche Behandlung haben; niemand darf zu einem Ersatzfach gezwungen werden
- auch in den öffentlich-rechtlichen Medien gleichbehandelt zu werden; den mit Steuermitteln sowie mittels Rundfunk- und Fernsehgebühren alimentierten Medien und Einrichtungen (z.B. Bibliotheken) ist die Bevorzugung der christlichen Kirchen zu untersagen
- in den Bereichen der Öffentlichkeit, die staatlichem Einfluß unterliegen, sind entweder alle Zeichen sakraler Art zu unterlassen oder es darf keine Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft benachteiligt werden.

Die Forderungen des HVBB münden in dem Ziel:

Abschaffung der Privilegien (Staatsfunktionen) der christlichen Kirchen und Umwandlung aller religiösen und weltanschaulichen Organisationen in gleichberechtigte Vereine, Verbände bzw. Kultusgemeinschaften und Schaffung einer weltlichen Verfassung Europas.

18. Der HVBB ruft alle Konfessionslosen, Atheistinnen und Atheisten, Agnostikerinnen und Agnostiker, Freidenkerinnen und Freidenker sowie freigeistigen Menschen in Berlin und Brandenburg *auf*, gemeinsam für ein menschliches und solidarisches Miteinander in unseren Bundesländern zu arbeiten. In der Politik und in nahezu allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ist die Entscheidung, nach welchen Wert- und Moralvorstellungen sich unser Zusammenleben gestalten soll, nicht mehr eine Sache der Kirchen und Religionen.

Berlin und Brandenburg brauchen den HVBB. Der HVBB ruft alle interessierten Bürgerinnen und Bürger in beiden Bundesländern zur Mitarbeit auf.